

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722 Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden N. 16, Holbeinstr. 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Haus Ausgabe A mit Poststeuer Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M. einjährlich Postbestellgeb. Preis der Einzelnummer 30 J.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeilen beträgt alle Anzeigen 1.40 M. im Monatspreis 3.50 M. - Für unbeschriftete Adressen sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Chilenisch-bolivianischer Zwist in der Völkerbundsversammlung

Genf, 7. September. In Beginn der heutigen Vorkonferenz der Völkerbundsversammlung verlangte der Delegierte für Chile Edwards das Wort, um energisch gegen den Antrag der bolivianischen Delegation Einspruch zu erheben, daß der Artikel 19 des Statuts auf den Vertrag zwischen Bolivien und Chile vom Jahre 1904 Anwendung finden solle.

Tagung der Ausschüsse

Genf, 7. Sept. Die erste Kommission des Völkerbunds-Ausschusses, die sich mit konstitutiven und juristischen Fragen zu befassen hat, hielt heute nachmittag unter Vorsitz von Scialoja-Italien ihre erste Sitzung ab.

Wie stehen wir?

Wenn wir unsere heutige innerpolitische Situation und vergangenzeitlich, so können wir eine auffallende Ähnlichkeit mit der feinerzeit nach dem Stapp-Putsch geschaffenen Lage beobachten: heute wie damals eine starke Orientierung, ein Ausschlagen des Pendels nach links und damit schwerste Auswirkungen auf unsere gesamtpolitischen Verhältnisse.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern

Berlin, 8. Sept. In der Reichskanzlei begannen gestern die Verhandlungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation. Entsprechend der Schwierigkeit des Verhandlungsgegenstandes wurde gleich zu Beginn der Verhandlungen Arenstorf-Stillschweigen über diese vereinbart.

Der Reichskanzler zur bayerischen Frage

London, 7. September. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der Daily Mail, er beziehe sich für den Augenblick nicht auf einen monarchistischen Staatsstreik, man müsse jedoch immer auf der Hut sein.

Die Vermögenssteuergesetze

Berlin, 8. Sept. Heute vormittag wird der Reichskanzler des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zur Beratung der Vermögenssteuergesetze eine Sitzung abhalten. Tagesordnung: Feststellung des Gutachten über die Vermögenssteuergesetzesentwürfe an den Reparationsausschuss.

Stegerwald über die Lage

Berlin, 8. September. Ueber die innerpolitische Lage äußerte sich der preussische Ministerpräsident Stegerwald in dem Blatte 'Der Deutsche' u. a.:

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Berlin, 8. September. In den letzten Tagen ist die Erhöhung der Eisenbahntarife durchgeführt worden, und zwar ist in Aussicht genommen worden, die Erhöhung der Gülertarife zum 1. November, die der Personentarife zum 1. Dezember der Durchführung zu bringen.

Ein Reichhilfsfonds für Kleinrentner?

Berlin, 7. September. Der Deutsche Rentenbund hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er mit Nachdruck auf die Not unter den Rentnern hinweist und den Reichstag bittet, einem Regierungsentwurf betreffend die Schaffung eines Reichhilfsfonds für alte oder erwerbsunfähige Rentner die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Wie stehen wir?

Unter diesen innerpolitischen Schwierigkeiten leidet naturgemäß die Wahrnehmung der Interessen des Reiches nach außen. Der Erbverbrecher und die politischen Vorgänge, die er zur Folge hatte, haben leider den Blick des deutschen Volkes von der größten Reichsfrage, die es in diesen Tagen bewegen mußte, abgelenkt von der obersten politischen Frage.

Wie stehen wir?

Unter diesen innerpolitischen Schwierigkeiten leidet naturgemäß die Wahrnehmung der Interessen des Reiches nach außen. Der Erbverbrecher und die politischen Vorgänge, die er zur Folge hatte, haben leider den Blick des deutschen Volkes von der größten Reichsfrage, die es in diesen Tagen bewegen mußte, abgelenkt von der obersten politischen Frage.

Wie stehen wir?

Unter diesen innerpolitischen Schwierigkeiten leidet naturgemäß die Wahrnehmung der Interessen des Reiches nach außen. Der Erbverbrecher und die politischen Vorgänge, die er zur Folge hatte, haben leider den Blick des deutschen Volkes von der größten Reichsfrage, die es in diesen Tagen bewegen mußte, abgelenkt von der obersten politischen Frage.